

Die deutsche Arbeiterversicherung.

Vortrag,

gehalten am 9. Dezember 1897 zum Besten des Gustav-Adolph-
Vereins im Altstadt-Rathhause zu Braunschweig.

Von

von Frankenberg,

Stadtrath.

Hamburg.

Verlagsanstalt und Druckerei A. G. (vormals J. F. Richter).

Königliche Hofbuchdruckerei.

1898.

Das Recht der Uebersetzung in fremde Sprachen wird vorbehalten.

**Druck der Verlagshandlung und Druckerei Actien-Gesellschaft
(vormals J. F. Richter) in Hamburg.**

Wenn dem Leser durch diesen Vortrag in großen Umrissen ein Bild der deutschen Arbeiterversicherung vor Augen gestellt werden soll, so könnte es vielleicht auffällig erscheinen, wie wenig Berührungspunkte diese Einrichtung nach ihrem innersten Wesen mit denjenigen Zwecken und Zielen besitzt, die von dem Gustav-Adolph-Vereine erstrebt und seit langen Jahren so erfreulich gefördert sind.

Was den Verein groß und stark gemacht, was ihn durch alle Fährlichkeiten zu immer neuen Erfolgen geführt hat, ist die freiwillige, keinen Zwang duldbende, aus tiefster Herzensüberzeugung entsprungene Gemeinschaft seiner Mitglieder in der Liebe zu den bedrängten Brüdern und im Glauben an die unvergänglichen Heilswahrheiten unserer evangelischen Kirche.

Die Fürsorge für die deutschen Arbeiter konnte und durfte dagegen, wenn sie wirklich etwas Ausreichendes bieten, wenn sie in die ärmste Familie, in das entlegenste Dorf Hilfe und Beistand bringen wollte, sich nicht dabei beruhigen, daß der freiwilligen Betheiligung an den auf Selbsthilfe gegründeten Genossenschaften oder der Wirksamkeit der von Nächstenliebe getragenen Vereinigungen weiter Spielraum gelassen sei.

Es gehörten breite, starke, widerstandsfähige Schultern dazu, um die Lasten auf sich zu nehmen, deren Tragung die neue Gesetzgebung erforderte, damit dem Arbeiterstande in Fällen der Noth eine ergiebigere Unterstützung als bisher gewährt würde.

Die mannigfachen Kräfte unseres wirthschaftlichen Lebens mußten energisch zusammengefaßt werden, um der Verarmung, der Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen einen dauerhaften Damm entgegenzusetzen.

Es ist aus Wohlthätigkeits-Bestrebungen aller Art hinreichend bekannt, welche Stärke in der Einigkeit liegt, wie viele „Wenig“ ein „Viel“ ausmachen, wie vereinte Kräfte zum Ziele führen.

Wird schon in privaten Kreisen hier wie anderwärts auf diese Weise großes und gutes geleistet, ohne daß dem Einzelnen übermäßige Anspannung zugemuthet zu werden braucht, so wird man es um so mehr verstehen und würdigen, wenn die Gesetzgebung ihr Ziel, die Sicherstellung der Arbeiterfamilien, dadurch am besten erreichen zu können glaubte, daß sie im Wege des durchgreifenden Zwanges die Allgemeinheit, das ganze Volk, Arbeitgeber und -nehmer zur thätigen Theilnahme an der Einrichtung verpflichtete.

Es gründet sich der Entschluß zu diesem Schritte, mit dem das Deutsche Reich der ganzen gebildeten Welt vorangegangen ist, auf die großartige Auffassung, die unser verewigter Kaiser Wilhelm I. von den Aufgaben des heutigen Staats- und Volkswesens hatte und in der unvergeßlichen Botschaft vom 17. November 1881 an den Reichstag zum Ausdruck brachte. Wie die Hohenzollernfürsten die unentwegten Vorkämpfer des evangelischen Glaubens in Deutschland gewesen sind, so gebührt dem ersten Zollernkaiser auch das große Verdienst, daß er der Schirmherr geworden ist für alle Bestrebungen, welche die Förderung unseres sozialen Friedens zum Gegenstande haben. Welches christlich und menschenfreundlich empfindende Herz schlägt nicht höher, wenn wir uns vergegenwärtigen, wie damals durch den edelgesinnten Herrscher die Unterstützung der Verunglückten und ihrer Hinterbliebenen, die Pflege der

Kranken, die Sorge für die Alten und Invaliden als eine Angelegenheit bezeichnet wurde, deren Förderung der Staat in höherem Maße als bisher sich vornehmen müsse, weil die Betheiligten gegenüber der Gesamtheit hierauf einen begründeten Anspruch hätten.

Indem dies dem Reichstage dringend ans Herz gelegt wurde, hieß es in der Kaiserlichen Botschaft weiter: „Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht.“

Das sind goldene Worte; und es sind nicht bloße Worte geblieben, sondern Thaten geworden, deren segensreiche Folgen sich allenthalben seit nun mehr als einem Duzend von Jahren fühlbar machen.

Vorsichtig, Schritt für Schritt, ist das damals aufgerollte Programm durchgeführt, und ein Theil harrt, wie wir sehen werden, noch heute seiner Erledigung.

Hätte man mit einem Schläge Alle, die durch Lohnarbeit sich und die Ihrigen ernähren, deren einziges Gut also ihre Gesundheit und Arbeitsfähigkeit ist, gegen die Gefahren der längeren oder kürzeren Erkrankung und Dienstunfähigkeit, gegen plötzliche, Leben oder Kräfte vernichtende Betriebsereignisse, gegen das allmähliche Schwinden des Verdienstes durch Alter oder Siechthum sicherstellen und den Hinterbliebenen bei einem Verluste des Ernährers ebenfalls bessere Daseinsbedingungen schaffen wollen, dann wären die Warnungen und düsteren Prophezeiungen der Gegner nicht unberechtigt gewesen, die jede Staatshülfe eine verhängnißvolle Verirrung, einen Sprung ins Dunkle nannten.

Aber man war sich dessen wohl bewußt, daß bei dem Veschreiten völlig neuer Bahnen nur ein allmähliches Erreichen des Endzieles der Arbeiterversicherung denkbar sei.

So ist denn zunächst im Jahre 1883 die Krankenversicherung, ein Jahr darauf die Unfallversicherung und erst nach ferneren sechs Jahren die Invaliditäts- und Altersversicherung in Kraft getreten.

Inzwischen ist durch ergänzende und erweiternde Gesetzesbestimmungen die Wohlthat der Fürsorge einer Reihe von Personen zugewendet worden, die man ursprünglich nicht mit berücksichtigt hatte, weil es wünschenswerth erschien, vorderhand in einem enger begrenzten Kreise Erfahrungen zu sammeln.

Beispielsweise will ich erwähnen, daß die Krankenversicherung auf alle Transportgewerbe, die Unfallversicherung auf die Bauarbeiter, auf die Seeschifffahrt und auf die Land- und Forstwirthschaft, die Invalidenversicherung durch den Bundesrath auf die Hausweberei ausgedehnt ist.

Es ließ sich nicht gut vermeiden, daß auf diese Weise die Versicherung etwas schwer Uebersichtliches, Zersplittertes bekommen hat, und es ist vollkommen erklärlich, wenn der Wunsch nach Vereinfachung, Zusammenlegung lauter und lauter geäußert wird.

Vielleicht bietet sich am Schlusse Gelegenheit, hierauf mit einigen Worten einzugehen. Einstweilen müssen wir, Jeder in seinem Kreise, uns bemühen, der geltenden Gesetzgebung Verständniß zu verschaffen, damit sie ihren Zweck, die Förderung des socialen Friedens, möglichst gut erfüllt. Und so will ich versuchen, die gegenwärtige Entwicklung der Arbeiterversicherung in so kurzen Zügen skizziren, wie es der Rahmen dieser Arbeit gestattet.

Man unterscheidet drei Hauptabtheilungen: Versicherung gegen Krankheit, gegen Unfälle, gegen Invalidität; die Altersversicherung ist nur ein Anhängsel, ein Nebenzweck der Invalidenversicherung.

Es ist kein bloßer Zufall, kein willkürliches Herausgreifen eines Bruchstückes gewesen, daß zuerst die Krankenversicherung durch den Machtpruch des Gesetzgebers in Wirksamkeit trat.

(182)

Die Natur der Sache brachte es mit sich, daß man in allererster Reihe auf diejenigen Gefahren Rücksicht nahm, denen jeder Arbeiter, jede Arbeiterin für längere oder kürzere Zeit ausgesetzt ist.

Wenn es gelang, für den Fall einer Erkrankung dem Versicherten sofort ärztliche Behandlung und Arzneien frei zur Verfügung zu stellen und ihm während der Zeit seiner Erwerbsunfähigkeit die Einbuße seines Verdienstes wenigstens einigermaßen zu ersetzen, so war damit die Grundlage geschaffen, auf der bei dauernder Schwächung der Arbeitskraft der weitere Ausbau der Fürsorge erfolgen konnte.

So ist denn vorgeschrieben, daß Jeder, der gegen Vergütung, mag diese in Geld oder auch in Beköstigung, Wohnung, Kleidung u. s. w. bestehen, in gewerblichen und gewissen anderen Betrieben thätig ist, dem Krankenversicherungszwange unterworfen sein soll.

Ausgenommen sind nur die auf ganz kurze Zeit, auf ein paar Stunden oder Tage, jedenfalls nicht auf eine volle Woche angenommenen Personen; ebenso Familienangehörige, Hausgewerbetreibende, die meisten staatlichen und städtischen Arbeiter, ferner die Werkmeister, Aufseher, Techniker, Handlungsgehilfen mit mehr als 2000 Mark Jahresverdienst.

Auch land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, sowie Dienstboten unterliegen reichsgesetzlich nicht dem Versicherungszwange; es hat aber bekanntlich die Landesgesetzgebung im Herzogthum Braunschweig es für durchaus angezeigt gehalten, diesen Berufsclassen den Vortheil zuzuwenden, welchen andere, sozial ganz gleichgestellte Personen schon seit Jahren genossen; daselbe gilt auch in Baden, den Hansestädten u. a. m.

Der Zwang der Krankenversicherung ist ein unmittelbarer und unwiderstehlicher. Wohl kann der Arbeitgeber durch das Versprechen, in Krankheitsfällen während des ganzen ersten

(183)

Vierteljahres für den Arbeiter ausreichend zu sorgen, dessen Befreiung von der allgemeinen Versicherung bei der Krankenkasse erzielen; aber ein Vertrag, nach welchem der Arbeiter überhaupt keine Rechte, der Arbeitgeber überhaupt keine Pflichten für den Krankheitsfall haben sollte, würde gegen das Gesetz, gegen die guten Sitten, die wohlmeinende Absicht der ganzen Einrichtung verstoßen und deshalb null und nichtig sein.

Auch handelt es sich keineswegs bloß um die durch Strafbrohung verschärfte Vorschrift, daß der Arbeitgeber darauf bedacht sein müsse, die von ihm beschäftigten Personen bei der zuständigen Ortskrankenkasse oder sonstigen Stelle anzumelden.

Hätte man sich damit begnügt, so wäre die Sache leicht auf dem Papiere stehen geblieben, und bei einer hier und da doch vorkommenden Säumigkeit der Dienstherrschaft würde die Kasse zunächst noch nicht zur Unterstützung des Kranken verpflichtet sein.

Nein, viel einfacher und zweckmäßiger ist alles geregelt: wer gegen Lohn arbeitet, ist von selbst Mitglied einer Kasse, kraft des Gesetzes, eben deshalb, weil er arbeitet. Nicht die Anmeldung der Dienstherrschaft oder gar erst eine Aufnahmeerklärung seitens der Kasse macht ihn zum Mitgliede: er ist es vielmehr vom ersten Augenblicke an, in welchem er beginnt, gegen Lohn zu arbeiten, und er bleibt es, bis er damit aufhört, doch kann er auch freiwillig Mitglied bleiben, wenn er die Beitragszahlung fortsetzt.

Das An- und Abmelden durch die Dienstherrschaft, die Arbeitgeber, hat nur den Zweck, der Kasse die Buchführung, die Beitragsseinziehung und die Kontrolle zu erleichtern; es ist der Ordnung wegen unentbehrlich, aber es ist nicht die Bedingung der Rassenmitgliedschaft.

Unterläßt der Arbeitgeber aus Versehen oder gar mit Absicht die Anmeldung, so droht ihm polizeiliche Bestrafung;

außerdem aber haftet er vom ersten Tage der Beschäftigung an für die vollen Kassenbeiträge — ganz folgerichtig, denn die Kasse trägt ja seitdem, wie wir sehen, das Risiko —, und er ist obenein verpflichtet, bei Erkrankung des ungemeldeten Mitglieds an die Kasse alle Aufwendungen zu erstatten, zu denen diese sich genöthigt sieht.

Es sind also ganz wirksame Mittel, welche dazu bestimmt sind, die rechtzeitige Anmeldung aller versicherungspflichtigen Personen herbeizuführen.

Was leisten nun die Krankenkassen? Die Beantwortung dieser Frage hängt aufs engste mit der andern zusammen: welche Arten von Krankenkassen giebt es?

Die ursprünglichste, einfachste, aber auch bescheidenste Form ist die, daß die Gemeinde im Anschluß an die Gemeindekasse eine Einrichtung unterhält, die bei Krankheitsfällen der in ihrem Bezirke beschäftigten versicherungspflichtigen Personen einzugreifen hat, die sogenannte Gemeinde-Krankenversicherung. Zu dieser gehören dann alle Personen, für die nicht eine besondere Kasse geschaffen ist, und die Gemeinde-Krankenversicherung sorgt im ersten Krankheitsvierteljahre für die Patienten, indem sie ihnen freie ärztliche Behandlung, freie Apotheke, freie Lieferung von etwaigen kleinen Heilmitteln zur Verfügung stellt.

Das gilt sowohl für solche Kranke, die trotz ihres Leidens noch ihrem Dienste sich widmen können, als auch für die Erwerbsunfähigen; letztere erhalten daneben für die Dauer ihrer Arbeitsbehinderung, aber höchstens für dreizehn Wochen hintereinander, ein Krankengeld in Höhe des halben Tagesverdienstes, den an dem betreffenden Orte ein gewöhnlicher Arbeiter zu haben pflegt.

Es ist also gleichgültig, ob der Kranke selbst in hohem oder niedrigem Lohne stand, ob er als Maurer 4 Mark und mehr täglich verdiente oder als Gelegenheitsarbeiter nur halb soviel bekam: wer in der Gemeindefrankenversicherung ist, er-

hält durchweg nicht mehr als den halben ortsüblichen Tagelohn eines gewöhnlichen Arbeitsmannes als Krankengeld.

Es leuchtet wohl ohne weiteres ein, daß durch diese Leistungen zwar der bittersten Noth vorgebeugt, aber noch keineswegs eine allen billigen Anforderungen entsprechende Art der Fürsorge geschaffen ist.

Und deshalb haben sehr viele Gemeinden, besonders die Städte, von der gesetzlichen Befugniß Gebrauch gemacht, Ortskrankenkassen für ihren Bezirk zu gründen; durch diese wird die Gemeindefrankenversicherung entlastet, ja ganz entbehrlich gemacht.

In fast allen großen Städten, auch hier in Braunschweig, besteht z. B. die Gemeindefrankenversicherung seit längeren Jahren nicht mehr.

Jeder Arbeiter gehört infolge seiner Beschäftigung irgend einer der Ortskrankenkassen an, die für die verschiedenen Berufsarten errichtet sind (Tischler, Buchdrucker, Baugewerbe, Fuhrleute, Zuckerindustrie, Konservenfabriken, Land- und Forstwirtschaft, Metallarbeiter, Uhrmacher u. a. m.).

Diese Kassen dürfen bedeutend mehr leisten, als die Gemeindefrankenversicherung, ja sie müssen sogar über die engen Grenzen, welche dieser gezogen sind, mehr oder weniger hinausgehen.

Sie bemessen die Unterstützungen nach dem wirklichen Arbeitsverdienste des Einzelnen oder doch bestimmter Gruppen und Lohnklassen, sie können unter günstigen Verhältnissen statt des halben Lohnes dreiviertel als Krankengeld gewähren, und zwar bis zu einem Jahre, also viermal so lange als die Gemeindefrankenversicherung, sie zahlen Sterbegeld im zwanzig- bis vierzigfachen Betrage des Tagelohns an die Hinterbliebenen des Versicherten, sie bieten den Erwerbslosen noch drei Wochen nach dem Ausscheiden aus der Kasse Mitgliedsrechte, sie leisten Wochenbett-Unterstützungen auf vier bis sechs Wochen in Höhe

des Krankengeldes, und sie berechtigen die Versicherten und die Dienstherrschaft zur Selbstverwaltung der Kasse durch Mitwirkung in der Generalversammlung und in dem von dieser zu wählenden Kassenvorstand — Einrichtungen, die der Gemeindekrankenversicherung vollständig fehlen.

In ähnlicher Weise, wie die Ortskrankenkassen, können Innungen oder bergmännische Vereine vermittelt einer Innungs- oder Knappschaftsrankenkasse dieselben Aufgaben für ihr Gebiet übernehmen; ebenso sind einzelne Betriebsunternehmer berechtigt, für ihre Arbeiter besondere Kassen (sogenannte Betriebs- oder Fabrikkrankenkassen) zu gründen; das gilt natürlich nur für große Betriebe mit genügender Leistungsfähigkeit.

Bei all' diesen Kassen ist der Arbeitgeber ebenso wie bei der Gemeindekrankenversicherung verpflichtet, ein Drittel der Beiträge aus eigenen Mitteln zu leisten, während zwei Drittel von den Arbeitern durch Lohnabzüge aufgebracht werden sollen; der Arbeitgeber haftet der Kasse für den Gesamtbeitrag.

Will ein Arbeiter keiner derartigen Kasse angehören, die man mit dem Namen „Zwangskassen“ bezeichnet, weil die Mitgliedschaft in ihnen durch unmittelbaren Zwang, nicht durch Anmeldung erworben wird, dann hat er das Recht, einer eingetragenen oder freien Hilfskasse beizutreten; in diesen sind die Arbeiter regelmäßig ganz allein beitragspflichtig und zur Selbstverwaltung berechtigt, doch kann statutarisch auch den Arbeitgebern eine Mitwirkung hierbei zugestanden werden.

Nur dann befreien indes diese Hilfskassen von der Zugehörigkeit zu einer Zwangskasse, wenn sie mindestens dasselbe wie die Gemeindekrankenversicherung bieten, also Arzt, Arznei, halben ortsüblichen Tagelohn für ein Vierteljahr, und wenn ihnen durch das Ministerium ihres Bundesstaats oder für das Reich durch den Reichskanzler ihr entsprechendes Vorrecht ausdrücklich anerkannt und bescheinigt ist.

Das einfachste Mittel, sich hierüber zuverlässig aufzuklären, ist für den Arbeitgeber die Einforderung des Statutenbuchs; aus diesem ist die betreffende Bescheinigung der Centralbehörde zu ersehen.

Alle genannten Rassen haben das Recht, an Stelle der Krankengeldzahlung und ärztlichen Behandlung für die Erwerbsunfähigen deren Aufnahme in einem Krankenhause anzuordnen, und zwar bei alleinstehenden Personen unbedingt, bei anderen nur, wenn die Krankheit oder das Verhalten des Kranken es nöthig macht. Wer einer solchen sachgemäßen Anordnung nicht nachkommt und nicht ins Krankenhaus gehen will, hat keine weiteren Ansprüche auf Krankengeld und Behandlung.

Für die Dauer der Krankenhausverpflegung bekommen die Angehörigen des Patienten, die bisher von ihm unterhalten wurden, das halbe Krankengeld; es bezieht z. B. die Familie eines Schlossers, der 3—4 Mark täglich verdient hat und ins Krankenhaus aufgenommen werden muß, eine wöchentliche Unterstützung von 4 $\frac{1}{2}$ —6 Mark, immerhin ein willkommener kleiner Zuschuß, der es der Familie bei nicht allzulanger Krankheitsdauer erspart, sich an die Armenpflege wenden zu müssen.

Die Gewährung der Krankenhauspflege kann aber — darauf will ich besonders hinweisen — gegenüber der Rasse nicht gefordert werden, selbst wenn die häuslichen Verhältnisse dringend die Ueberführung in eine Anstalt wünschen lassen sollten. Sie steht im freien Ermessen des Krankenkassen-Vorstandes, und selbst die Aufsichtsbehörde kann sie nicht erzwingen, obgleich anzunehmen ist, daß ein billig und verständig denkender Vorstand die Anstaltsbehandlung schon um deswillen nicht versagen wird, weil sie viel nachhaltiger und sachgemäßer ist und viel rascher die Wiederherstellung zu bewirken pflegt als die häusliche Pflege.

Wenn ich soeben von der Aufsichtsbehörde der Kranken-

kassen sprach, so möchte ich zur Ergänzung erwähnen, daß die Kassen in den meisten Städten der Aufsicht des Stadtmagistrats unterliegen, während die ländlichen Kassen von den Kreisdirektionen, in Preußen von den Landrathssämtern beaufsichtigt werden. Klagen und Beschwerden sind also bei diesen anzubringen, und gegen deren Bescheid ist regelmäßig die Anrufung des Verwaltungsgerichtshofes gestattet.

Die Zahl der gegen Krankheit versicherten Personen läßt sich im ganzen Deutschen Reiche nach den neuesten statistischen Angaben auf über acht Millionen schätzen, es wird also jeder sechste oder siebente Mensch in Krankheitsfällen entsprechend versorgt. Die jährlichen Leistungen der Krankenkassen stellen sich auf etwa 120 Millionen Mark, die Zahl der Empfänger auf drei Millionen. Seit Bestehen der reichsgesetzlichen Krankenversicherung ist nicht weniger als eine Milliarde Mark an Krankenunterstützungen verausgabt.

Wenden wir uns nun von der Kranken- zur Unfallversicherung, so müssen wir uns zunächst klar darüber werden, daß es sich hier um Fürsorge in solchen Fällen handelt, die nicht so häufig den Einzelnen betreffen als Krankheiten, die aber in ihrer Dauer und in dem Entschädigungsbetrage meistens viel erheblicher sind.

Die Krankheiten der Versicherten erstrecken sich durchschnittlich auf zwei bis drei Wochen, die Folgen eines Unfalls währen oft lange Jahre hindurch.

Darum wäre es bedenklich, dies große Risiko ebenfalls der Krankenkasse des Verunglückten aufzulegen, und es sind als Träger der Unfallversicherung besondere Genossenschaften gebildet, die sich an die berufliche Gliederung des Erwerbslebens anschließen und deshalb Berufsgenossenschaften heißen.

So giebt es Baugewerks-Berufsgenossenschaften, Fleischerei-, Fuhrwerks-, Müllerei-, Brauerei-Berufsgenossenschaften u. s. w.,

zum Theil für das ganze Reich, zum Theil einzelne Bundesstaaten oder Provinzen umfassend.

Die Berufsgenossenschaften werden von den Unternehmern, die in ihnen vereinigt sind, durch selbstgewählte Vorstände verwaltet, ebenso wie die Aufbringung der jährlichen Beiträge hier ohne Mitwirkung der Arbeiter von den Unternehmern allein erfolgt.

Dem Unfallversicherungszwange unterliegen alle Fabriken, Steinbrüche, Berg- und Hüttenwerke, die Großindustrie, die Transportbetriebe, die Land- und Forstwirtschaft, die Seeschifffahrt, auch jedwede Bauarbeit und alle Dampfbetriebe mit Dampfkesseln oder mit Triebwerken einer elementaren Kraft; ausgeschlossen sind einstweilen noch die handwerksmäßigen Kleinbetriebe, der Handel, die Haushaltungen, die meisten Arbeiter in staatlichen, städtischen, Kirchen- und Schuldiensten, die Fischerei und die Binnenschifffahrt.

Worin besteht nun die Unfallversicherung? Sie hat, wie der Name besagt, dann einzutreten, wenn ein Arbeiter durch einen Unfall getödtet oder in seiner Gesundheit, seiner Erwerbsfähigkeit geschädigt wird; sie soll in solchen Fällen zwar nicht voll, aber doch annähernd Ersatz bieten.

Es muß jedoch der Unfall im Betriebe vorgekommen sein, also dem Gefahrenbereiche des betreffenden Unternehmens entspringen.

Wenn auf einem Spaziergange, oder in der eigenen Wohnung, bei häuslicher Thätigkeit den Arbeiter ein plötzliches Unglück trifft, so wird hierfür keine Rente gewährt.

Auch der Weg zur Arbeitsstelle, die Rückkehr von der Arbeit gehört regelmäßig noch nicht zu dem Betriebe selbst; erst wenn das Grundstück betreten wird, auf welchem die Beschäftigung erfolgen soll, greift die Versicherung ein.

Sie gewährt Entschädigung bei plötzlichen, zeitlich

abgegrenzten Ereignissen, z. B. Kesselerplosion, schlagenden Wetter im Bergwerk, Einsturz eines Gerüstes, Verletzungen durch die Arbeitswerkzeuge oder den bearbeiteten Gegenstand und dergleichen.

Sie tritt also nicht ein bei den Gefahren des gewöhnlichen Lebens, auch nicht bei einer allmählichen Beeinträchtigung der Gesundheit, selbst wenn sie bedingt ist durch die besondere Schädlichkeit der verrichteten Arbeit (z. B. die Entwicklung von Rheumatismus bei Thätigkeit in Nässe und Kälte, die langsame, Tag für Tag erfolgende Aufnahme von Staub und giftigen Dünsten in die Lunge).

Welche Leistungen bietet die Unfallversicherung? Wenn durch Betriebsunfall der Tod eines Arbeiters herbeigeführt ist, so erhalten die Hinterbliebenen vom Sterbetage an eine Rente, daneben auch Ersatz der Beerdigungskosten im Mindestbetrage von 30 Mark.

Die Rente wird nach dem Jahresverdienste des Verunglückten bemessen und beträgt für die Witwen 20 Prozent desselben, für jedes Kind 15 Prozent. Büßt z. B. durch Sturz vom Thurme ein Dachdecker sein Leben ein, der 3 Mark täglich verdient hatte, so erhalten seine Hinterbliebenen, eine Witwe mit zwei Kindern, zusammen 50 Prozent seines Verdienstes, also 450 Mark jährlich; die Witwe allein würde 180 Mark jährlich erhalten. Sind mehr als zwei Kinder vorhanden, so erhöht sich die Rente noch, soll aber für alle Hinterbliebenen nicht über 60 Prozent betragen, also in unserem Falle kann die Familie bis zu 540 Mk. Jahresrente bekommen.

Sobald ein Kind das 15. Lebensjahr erfüllt, fällt seine Rente fort; dasselbe gilt für die Witwe, wenn sie sich wieder verheirathet. Sie bekommt aber dann noch eine Abfindung im dreijährigen Betrage ihrer Rente, also in dem erwähnten Falle 540 Mark.

Hinterläßt ein verunglückter Arbeiter bedürftige Eltern oder Großeltern, die bisher von ihm allein unterhalten wurden, so muß ihnen eine Rente von 20 Prozent (also ebenso viel wie der Witwe) bewilligt werden, und zwar auf Lebenszeit, es sei denn, daß ihre Bedürftigkeit durch irgend eine Verbesserung ihrer Verhältnisse wegfiele.

Ist der Betriebsunfall minder schwer, wird also der Versicherte nicht getötet, sondern durch Verletzung in seiner Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt, so hat, wie wir oben gesehen haben, in den ersten dreizehn Wochen lediglich die Krankenkasse einzutreten, unbeschadet des Rechts der Berufsgenossenschaft, aus freien Stücken die Behandlung zu übernehmen und die baldige Wiederherstellung durch geeignete Pflege anzustreben.

Ist aber das erste Vierteljahr nach dem Unfälle vorbei, und die Erwerbsfähigkeit bis dahin nicht vollständig zurückgekehrt, so muß die Berufsgenossenschaft nicht nur die Kosten des etwaigen ferneren Heilverfahrens voll und ganz tragen, sondern auch dem Verletzten eine Unfallrente nach folgenden Grundsätzen gewähren:

Für volle Erwerbsunfähigkeit werden zwei Drittel des bisherigen Verdienstes gezahlt; büßt also z. B. ein Bergwerksarbeiter, der 3 Mark Tagelohn bezog, durch Explosion vollständig sein Augenlicht ein, so wird ihm eine Rente von 2 Mark täglich, eine sogenannte Vollrente, gegeben.

Ist die Beeinträchtigung des Erwerbs keine volle, sondern nur eine beschränkte, so kann der entsprechende Theil einer Vollrente gefordert werden; wer z. B. nach Verlust eines Beins noch halb soviel als früher verdienen kann, hat die Hälfte einer Vollrente zu beanspruchen, also in unserem Beispielsfalle 1 Mark täglich.

Bessert oder verschlechtert sich nach der Rentenfestsetzung der Zustand, so ist die Rente entsprechend zu ändern.

Tritt schließlich doch noch der Tod als eine Folge des Unfalls ein, so haben die Hinterbliebenen fortan dieselben Ansprüche, als ob der Versicherte sofort getödtet wäre.

Die Entscheidung über die Rente und über deren Höhe erfolgt durch den Vorstand der Berufsgenossenschaft; auch können besondere Entschädigungsausschüsse gebildet und für einzelne Bezirke Sektionen geschaffen werden, welchen die Festsetzung überlassen bleibt.

Fremd ist der Unfallversicherung, wie schon erwähnt, die Mitwirkung der Arbeiter bei der ersten Entscheidung über die Rente.

Wer sich aber mit dieser Entscheidung nicht beruhigen will, sei es daß ihm die Rente ganz verweigert oder eine Rente bewilligt ist, die seiner Meinung nach nicht genügt, der hat binnen vier Wochen Berufung an ein Schiedsgericht zu verfolgen, welchem außer einem Beamten als Vorsitzendem je zwei Arbeiter und zwei Unternehmer angehören.

Auch das Urtheil des Schiedsgerichts ist, abgesehen von ganz geringfügigen Fällen, durch ein gleichartiges Rechtsmittel anfechtbar: Rekurs an das Reichsversicherungsamt; in letzterem wirken ebenfalls Arbeitgeber und -nehmer bei der Entscheidung mit.

Das Reichsversicherungsamt ist überhaupt die Aufsichtsbehörde in den Angelegenheiten der Unfallversicherung, während es bei der Krankenversicherung so gut wie gar nicht betheiligt ist.

Es hat die Genehmigung zu den Statuten der Berufsgenossenschaften zu erteilen, es entscheidet über Beschwerden gegen Verfügungen derselben, über die Zugehörigkeit bestimmter Betriebe zu dieser oder jener Genossenschaft, über die Beitragshöhe u. s. w.

Trotz der Buntfärbigkeit des Bildes, welches die mannigfachen Berufsarten in ihrer Vertheilung auf die genossenschaftlichen Gruppen des ganzen Deutschen Reiches darbieten, fehlt

es also nicht an einem gemeinsamen Mittelpunkt, einer einheitlichen Spitze.

Und das ist sehr viel werth: die ganze Rechtsprechung in Rentensachen wird dadurch beeinflusst und zu gleichmäßiger Entwicklung veranlaßt.

Allenthalben, auch in solchen Arbeiterkreisen, welche den Segnungen der reichsgesetzlichen Fürsorge kühl bis ans Herz hinan gegenüberstehen, läßt man doch der Thätigkeit des Reichsversicherungsamts Anerkennung widerfahren, und als vor einem halben Jahre der Präsident dieser obersten Spruchbehörde, Dr. Bödiker, aus seinem Dienste schied, da wurde dies Ereigniß von allen Seiten, und nicht zum wenigsten in der Arbeiterschaft, lebhaft bedauert.

Die Art und Weise, wie vom Reichsversicherungsamt die Unfallversicherungsgesetze gehandhabt sind, hat in der That dem Geiste derselben, dem wohlwollenden Grundgedanken der kaiserlichen Botschaft, den Bedürfnissen der Praxis vortrefflich Rechnung getragen. Eine Unmenge von Beispielen könnte ich dafür anführen, wie weit diese Rechtsprechung sich von juristischen Spitzfindigkeiten entfernt gehalten und in solchen Fällen, in denen ein strenges Haften am Wortlaute des Gesetzes zu großen Härten geführt haben würde, durch verständige Auslegung ein brauchbares, der Billigkeit genügendes Ergebnis gewonnen hat.

Der Frage des Zusammenhanges zwischen dem Unfalle und der verbliebenen Erwerbsminderung ist besondere Aufmerksamkeit gewidmet; das Reichsversicherungsamt hat es verstanden, in engster Fühlung mit dem ärztlichen Stande, der ja ganz hervorragend bei der Anwendung der sozialpolitischen Gesetzgebung theilhaftig ist, seine Schlussfolgerungen zu ziehen, es hat aber auch den Industriellen und den übrigen Arbeitgebern bei der Einrichtung und Verwaltung der einzelnen Berufsgenossenschaften so viel Spielraum gelassen, als irgend möglich war.

Werfen wir einen Rückblick auf die gesamte Unfallversicherung. Die Zahl der gegen Unfall versicherten Personen beträgt im ganzen Deutschen Reiche zur Zeit über achtzehn Millionen, es wird also jeder dritte Mensch bei Unfällen reichsgefeßlich versorgt. An Entschädigungen sind bisher etwa 300 Millionen Mark gezahlt, und zwar an 450 000 Personen. Von tausend Versicherten erleiden jährlich fünfzehn einen Unfall, aber nur bei drei oder vier davon sind die Folgen derart, daß der Tod eintritt oder daß über die dreizehnte Woche hinaus Fürsorge gewährt werden muß.

Die dritte und letzte der drei großen Fürsorgeeinrichtungen ist die Invaliditäts- und Altersversicherung. Sie besteht seit fast sieben Jahren, seit dem 1. Januar 1891.

Ihr Hauptzweck ist der, Invalidenrenten zu zahlen, also Denjenigen, welche dauernd erwerbsunfähig geworden sind, eine Entschädigung zu gewähren.

Als dauernd erwerbsunfähig, als invalide gilt, kurz gesagt, wer keine Aussicht mehr hat, wenigstens ein Drittel des früheren Verdienstes durch Lohnarbeit zu erwerben, weil sein Körper- oder Geisteszustand dies nicht mehr zulassen will; auf das Lebensalter kommt es dabei nicht an.

Die Invalidenrente hängt der Höhe nach von der Zahl und Art der geleisteten Beiträge ab, sie setzt mit 110 Mark jährlich mindestens ein und steigt für jedes Jahr, das in der Versicherung verbracht war, durchschnittlich um 3 Mark jährlich, Sie beträgt im Mindestfalle etwas über 9 Mark monatlich; gegenwärtig werden aber schon Renten in Höhe von 12 Mark monatlich und darüber bewilligt; je höher der Verdienst des Invaliden war, desto höher ist auch seine Rente.

Eine sehr wichtige und wohlthätige Gesetzesbestimmung giebt den Versicherungsanstalten das Recht, auch solche Aufwendungen zu machen, welche dem Eintritte der Invalidität

vorbeugen sollen. Von dieser Befugniß ist seitens der Anstalten ausgiebiger und erfolgreicher Gebrauch gemacht. Der Vorstand der Braunschweiger Versicherungsanstalt hat seit verflossenen Sommer eine sehr günstig gelegene, einfach, aber zweckmäßig eingerichtete Heimstätte für Genesende, besonders für Lungenkranke, bei Stiege im Harz eröffnet, in welcher vorläufig vierzig Personen Aufnahme finden können; eine Erweiterung der Anlage steht zu hoffen und wird auch voraussichtlich bald erfolgen.

Neben der Fürsorge für die Invaliden ist die Altersversicherung Aufgabe der Anstalten. Altersrente, und zwar im Betrage von 9—16 Mark monatlich, je nach der Höhe des bisherigen Verdienstes und Beitrages, erhalten die Versicherten, sobald sie siebenzig Jahre alt werden. Voraussetzung ist allerdings, daß sie ziemlich regelmäßig Beschäftigung gehabt oder Beiträge geleistet haben.

Als fernere Nebenzwecke der Invaliditätsversicherung sind zu nennen die Gewährung von Beihilfen zur Aussteuer an heirathende weibliche Versicherte und von Zuschüssen bei Todesfällen an die Hinterbliebenen.

Der Antrag auf Rückzahlung der halben geleisteten Beiträge im Falle der Heirath muß binnen drei Monaten nach der Eheschließung gestellt werden; wird dies übersehen (und das geschieht leider noch immer nicht ganz selten), so erlischt das Recht vollständig.

Stirbt ein versicherter Ehemann, dem noch keine Rente bewilligt war, so erhält seine Witwe oder in deren Ermangelung seine Kinder unter fünfzehn Jahren die für ihn gezahlten halben Beiträge zurück.

Es ist ja keine sehr große Summe, die auf diese Weise geboten wird, aber es sind doch Beträge von 25—35 Mark, die gegenwärtig schon in Menge den Ehefrauen und Witwen

gezahlt sind und bei der Begründung eines eigenen Hausstandes oder bei dem Verluste des Familienhauptes recht willkommen sein mögen. Voraussetzung ist Erfüllung von 235 Beitragswochen, wie bei der Invalidenrente. Es ist bisher über eine halbe Million Invaliden- und Altersrenten bewilligt; im vorigen Jahre sind mehr als 50 Millionen Mark von den Anstalten gezahlt, und zwar 21 Millionen Mark für Invaliden-, 28 Millionen Mark für Altersrenten, 2 Millionen Mark für Beitrags-erstattungen. Gegenwärtig beziehen 402000 Personen im Deutschen Reiche Invaliden- oder Altersrente.

Wer ist nun gegen Invalidität versichert? Alle gegen Lohn beschäftigten Arbeiter, Gesellen, Gehülften, Lehrlinge, Dienstboten, Aufseher, Betriebsbeamte aller Art, Handlungsgehülften bis zu 2000 Mark Jahresverdienst, die Besatzung der See- und der Binnenfahrzeuge, alle vom vollendeten sechzehnten Lebensjahre an ohne Unterschied des Alters und Geschlechts, auch ohne Rücksicht, ob verheirathet oder ledigen Standes.

Auf die Art der Beschäftigung und des Betriebes kommt es im allgemeinen nicht an. Nur die Personen, die eine höhere Art von Ausbildung genossen haben, die Akademiker, die Reichs-, Staats-, Kommunal- und sonstigen öffentlichen Beamten (aber letztere nur bei Pensionsberechtigung) sind versicherungsfrei; ebenso natürlich die Betriebsinhaber selbst, doch können die Unternehmer von Kleinbetrieben und die Hausgewerbetreibenden für versicherungspflichtig erklärt werden.

Das hat der Bundesrath gethan in Bezug auf die Hausindustriellen der Tabakfabrikation und die Hausweber; es ist ja bekannt, in welcher traurigen Lage diese Industrie sich besonders in manchen Gebirgsgegenden befindet, und wie dringend die Weber deshalb der sozialpolitischen Fürsorge bedurften.

Wer aus der Pflichtversicherung für längere oder kürzere Zeit ausscheidet, kann sich freiwillig weiter versichern, um seine

Anrechte sich zu wahren und durch jeden Beitrag noch zu erhöhen.

Die Versicherung erfolgt bekanntlich durch Einklebung von Marken für jede Kalenderwoche in eine Quittungskarte, die früher 52, jetzt 56 Felder enthält. Es giebt Beitragsmarken zu 14, 20, 24 und 30 Pfg., und dieselben sind je nach der Lohnklasse des Betreffenden zu verwenden (Klasse I bis 350 Mark jährlich, Klasse II bis 550 Mark, Klasse III bis 850 Mark, Klasse IV über 850 Mark).

Die Last der Versicherungsbeiträge ist hier halb dem Arbeitgeber, halb dem Arbeiter auferlegt, also abweichend wie bei der Unfall- und bei der Krankenversicherung.

Sehr vereinfacht kann die Mühe und Verantwortung für die Dienstherrschaft werden, wenn der Versicherte einer Ortskrankenkasse oder einer ähnlichen Zwangskasse angehört. Für diesen Fall darf durch die Behörde der Kasse die Pflicht des Einklebens übertragen werden, wie dies mit bestem Erfolge im ganzen Herzogthum Braunschweig seit Bestehen der Invalidenversicherung geschehen ist. Unsere hiesige Versicherungsanstalt würde schwerlich eine ständige Jahreseinnahme von über einer Million Mark haben, wenn nicht diese Angliederung der neuen Versicherung an die schon bestehenden, eingearbeiteten Stellen der Krankenfürsorge die Nichtigkeit und Pünktlichkeit der Beitragsentrichtung gewissermaßen garantirte.

Zur Gewährung der Renten verpflichtet sind die Versicherungsanstalten, deren es 31 im ganzen Reiche giebt; in Preußen für jede Provinz, im übrigen meist für einen oder mehrere Bundesstaaten eine Anstalt. Die Versicherung wird also auch hier durch große Verbände durchgeführt, aber nicht nach Berufsgruppen, wie bei der Unfallversicherung, sondern nach geographischen Bezirken, weil man damit den bei Berufswechseln sich ergebenden Schwierigkeiten aus dem Wege ging.

Zu jeder Rente giebt das Deutsche Reich 50 Mark, der übrige Theil, also die größere Hälfte, wird durch die Versicherungsanstalten aufgebracht je nach Verhältniß der Beiträge, die im Gebiete der einen oder der anderen geleistet sind. Die Zeiten, in denen das Arbeitsverhältniß durch Krankheiten oder durch militärische Dienste unterbrochen ist, werden als Beitragswochen mit angerechnet.

Ueber die Gewährung der Renten hat, ähnlich wie bei den Berufsgenossenschaften, die zahlungspflichtige Anstalt, auf deren Namen die zuletzt geklebte Marke lautet, als erste Instanz zu entscheiden; gegen ihren Bescheid ist Berufung an ein Schiedsgericht, dagegen wiederum Revision an das Reichsversicherungsamt gestattet, das auch hier als Aufsichtsbehörde thätig ist. In den beiden letztgenannten rechtsprechenden Körperschaften wirken Arbeitgeber und -nehmer mit; dem Vorstande der Versicherungsanstalten gehören sie gleichfalls an, ebenso dem Ausschusse, der den Anstalten zur Führung der Selbstverwaltung beigegeben ist; die laufenden Geschäfte, auch die Rentenbescheide, werden von Beamten bearbeitet, und als Vertreter des allgemeinen Interesses ist den Versicherungsanstalten ein Staatskommissar beigeordnet, dessen Stellung sich etwa mit der eines Staatsanwalts im gerichtlichen Verfahren vergleichen läßt.

Es ist ein Riesenapparat, der für die Zwecke der Arbeiterversicherung in Bewegung gesetzt wurde; er arbeitet Tag für Tag ununterbrochen, ein Heer von Beamten ist ihm dienstbar, die Kosten seiner Verwaltung sind sehr beträchtlich, und man nimmt an, daß für die Arbeiterfürsorge täglich im ganzen Reiche zusammengekommen etwa 1 Million Mark an Beiträgen erhoben wird. Davon entfällt die Hälfte auf die Krankenversicherung, während von dem Reste die Invaliden- etwas mehr als die Unfallversicherung erfordert. Seit dem Bestehen der Arbeiterversicherung sind reichlich $1\frac{1}{2}$ Milliarden Mark Ent-

(149)

schädigungen gezahlt, davon 1 Milliarde für Kranken-, über 300 Millionen für Unfall-, über 200 Millionen für Invaliden- und Altersversicherung.

Angeichts solcher gewaltiger Summen ist die Frage fast überflüssig: Hat denn wirklich diese sozialpolitische Gesetzgebung etwas genützt? Hat sie Erfolge erzielt, die es der Mühe werth scheinen lassen, derartige Kosten und Lasten dem deutschen Volke auch fernerhin aufzuerlegen?

Ich glaube, es wird jetzt kaum noch ernstlich bestritten, daß die Versicherungsgeetze sehr wesentlich und günstig die Lebenshaltung des Arbeiterstandes beeinflußt und ganz bedeutend zur Entlastung der Armenpflege beigetragen haben.

Es sind über diese Frage seitens der deutschen Regierungen und durch Vereine umfangreiche Untersuchungen angestellt, die zu dem Ergebnisse führten, daß sich die ganze Lebensweise der Arbeiterbevölkerung inzwischen gehoben habe, und daß die Armenpflege in der That jetzt namhafte Summen erspare, weil die Organe der Arbeiterfürsorge einzutreten verpflichtet sind. Und dann bedenke man, welche Förderung des Selbstgefühls, der Zufriedenheit und der Gesundheit des Arbeiterstandes darin liegt, wenn in Nothfällen nicht ein kümmerliches Sichhinhelfen oder ein Bitten um Unterstützung erforderlich ist mit all' seinen demüthigenden Folgen, wenn vielmehr ein begründeter Anspruch an die Gesamtheit erhoben werden kann, deren gesetzlich verbürgte Pflicht es geworden ist, für die Kranken, die Alten, die Verunglückten und ihre Hinterbliebenen ergiebige Hülfe zu schaffen.

Was aber den Armentassen hiernach zu Gute kommt, das ist auch für die Entwicklung der christlichen Liebesarbeit, der Wohlthätigkeitsbestrebungen in Stadt und Land von Bedeutung: sie brauchen sich nicht mehr bei einem Uebermaß von Anforderungen nach allen Richtungen hin zu zersplittern, die reichsgefehlige Fürsorge nimmt ihnen viele Einzelfälle ab, sie können

zwar hier und da die Versicherungsorgane wirksam unterstützen und Hand in Hand mit ihnen die Wohlfahrt des Arbeiterstandes fördern, aber in der Hauptsache ist es ihnen nur möglich, sich anderen, nicht minder wichtigen Zwecken auf dem Gebiete des kirchlichen Lebens, der inneren und äußeren Mission, der Volksbildung und Erziehung, der Pflege verschämter Armer, der Wohnungsfrage u. s. w. zuzuwenden.

Auch darauf will ich hinweisen, daß die Arbeiterversicherung einer ganzen Reihe von wissenschaftlichen Fächern die Veranlassung gegeben hat, sich viel eingehender und gründlicher mit den Arbeiterverhältnissen zu beschäftigen, als dies bisher nöthig war: der Arzt hat dadurch, daß die Versicherten sich nun regelmäßig hilfesuchend an ihn wenden, ein erweitertes Gebiet für seine Beobachtungen erhalten, und wir verdanken, wie erst kürzlich bei der hier stattgehabten Naturforscher- und Ärzte-Versammlung von berufener Seite anerkannt wurde, diesem Umstande manche sehr schätzenswerthe Erfahrung in der Volksgesundheitslehre, der Unfallheilkunde und der Krankenbehandlung überhaupt.

Dem Statistiker, dem Volkswirtschaftslehrer sind die Jahresübersichten und Geschäftsberichte der Versicherungsorgane eine wichtige Quelle für eingehende Forschungen, dem Juristen öffnet sich der Blick in das bunte Getriebe unseres Erwerbslebens und in die eigenartigen Verhältnisse der einzelnen Beschäftigten, er lernt die Grenzlinien zwischen den Arbeitgebern, den Zwischenunternehmern, den Betriebsaufsehern, den technisch geschulten und den gewöhnlichen Hilfskräften, den Hausindustriellen und Heimarbeitern erkennen, ihm erwächst die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Anwendung der wohlgemeinten Gesetze nun auch wirklich dem Geiste entspreche, in welchem sie erlassen wurden, und so bietet sich oft Gelegenheit, dem rechtsunkundigen, ungewandten Arbeiter, der in seiner Noth nicht aus noch ein weiß, helfend und berathend zur Seite zu stehen.

Etwas allerdings bleibt dabei zu wünschen übrig: eine Vereinfachung der Arbeiterversicherung einerseits, einer Ausdehnung derselben andererseits auf alle Betriebe, die noch nicht von ihr erfaßt werden. Das eine wird nicht gut ohne das andere erfolgen können, wenn man sich nicht auf halbe Arbeit beschränken will.

In der Krankenversicherung stehen, wie wir sehen, vielerwärts noch die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter und die Dienstboten außerhalb des Fürsorgezwanges, ebenso die Hausindustriellen, die staatlichen, die städtischen Hilfsarbeiter u. s. w.

Die Unfallversicherung bedarf dringend der Ausdehnung auf das Handwerk, den Handel, die Haushaltungen und die behördlich beschäftigten Personen. Wenn ein Dienstmädchen durch Sturz beim Fensterputzen sich schwer verletzt und zeitlebens nicht wieder ganz gesund wird, so fehlt es an jeder inneren Berechtigung, weshalb nicht auch sie die Unfallrente haben sollte; und ebenso unhaltbar scheint es auf die Dauer, daß der Schlossergeselle, dem bei der Arbeit seines Handwerkes ein Eisenstückchen ins Auge fliegt, dafür nicht entschädigt werden kann, wenn er nicht in einer Fabrik oder Bau Schlosserei thätig war.

Die Invalidenversicherung hat ja im allgemeinen wohl den weitesten Umfang. Aber bei ihr wie bei den andern Versicherungen wäre vom Standpunkte einer gesunden Mittelstandspolitik aus auch die obligatorische Einbeziehung der Unternehmer von Kleinbetrieben sehr ernstlich zu erwägen, da mit dem Rechte freiwilliger Betheiligung an den Versicherungseinrichtungen praktisch verschwindend wenig erreicht wird: denn läßt man die Sache gehen wie sie geht, dann besinnen sich die meisten Leute auf die Versicherung erst dann, wenn es schon zu spät ist.

Am besten dazu geeignet, die übrigen Versicherungen in sich aufzunehmen, ist die Invalidenversicherung, deren übersichtliche Organisation gegen diejenige der Berufsgenossenschaften den Vor-

zug verdient, weil auch die Arbeiterschaft an der Beitragsleistung und der Verwaltung gleichmäßig Antheil hat, und weil Beamte des Staates an ihrer Spitze stehen.

Ein Zweig der Arbeiterversicherung wird dann wohl erst zur vollen Entwicklung gelangen können, der jetzt nur bei der Fürsorge gelegentlich eines Unfalles in Betracht kommt: die Unterstützung der Witwen und Waisen aller Arbeiter, die erfolgen müßte, ohne Unterschied, ob deren Tod durch ein plötzliches Unglück im Betriebe, durch Krankheiten, durch allmählich aufreibende Thätigkeit oder andere Ursachen eingetreten ist.

Erst wenn dies Ziel erreicht ist, wird das Programm der kaiserlichen Botschaft von 1881 erfüllt sein.

Es ist neben dem Ueberblick über die bisherigen Ergebnisse ein weiter Ausblick, die wir auf die fernere Gestaltung der Arbeiterversicherung geworfen haben.

Bei allem Streben nach ausreichender Entschädigung der arbeitenden Bevölkerung für die wirthschaftlichen Gefahren, denen sie ausgesetzt ist, wollen wir nicht vergessen, daß die Wurzel vieler Uebelstände an anderer Stelle sich befindet. Die vorbeugende Volksgesundheitspflege muß Hand in Hand mit der Arbeiterversicherung gehen, der Arbeiterschutz und seine Bedeutung muß fortgesetzt mit Nachdruck betont werden, damit in besonders gefährlichen Betrieben die unbedingt nöthigen Maßregeln zur Bekämpfung drohender Krankheiten und Unglücksfälle getroffen, und damit ganz allgemein die Arbeiter vor übermäßiger Anstrengung und frühzeitigem Verbrauch ihrer Kräfte bewahrt werden.

Sehr erfreuliche Erfolge haben auf diesem Gebiete die Berufsgenossenschaften mit ihren Vorschriften zur Verhütung von Unfällen erzielt; ebenso die Versicherungsanstalten mit der Förderung des Baues von Arbeiterwohnungen durch billige Hypotheken; auch von der Thätigkeit der Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren, von den Anordnungen des Bundesraths, der einzelnen

Landesregierungen und der Polizeibehörden über die Einrichtung der Betriebe, die Beschaffenheit der Arbeiterkasernen und Schlafgängerwohnungen, über die Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit läßt sich viel Gutes erwarten, falls man den einmal als richtig erkannten Kurs, unbeeinflusst durch Gegenströmungen, mit Eifer weiter verfolgt.

Wenn Jeder fernerhin an seinem Platze soviel als angängig für das gesundheitliche Wohlergehen des Arbeiterstandes thut, und wenn die Ueberzeugung von der Bedeutung und dem Nutzen unserer deutschen Arbeiterversicherung, wie ich hoffe, in immer weiteren Kreisen Eingang findet, dann wird unser liebes Vaterland eine wesentliche Kräftigung in seinen Grundfesten erfahren, zum Heile für das geistige und leibliche Wohl der arbeitenden Bevölkerung, zum Nutzen für die Erhaltung unserer Wehrkraft und unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte, zum Segen für die Wahrung unseres Friedens nach außen wie nach innen.

